

## **Memorandum zur Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Hochschulen in Deutschland**

Stand: 27. November 2015

Die Lehre an den Musikhochschulen einschließlich der künstlerischen Fächer an den anderen Hochschulen in Deutschland wird seit Jahren in zunehmendem Maße von Lehrbeauftragten abgedeckt. Die Lehrbeauftragten tragen mit ihrer Arbeit wesentlich zur Profilbildung einer Musikhochschule bei, ohne in die dafür vorgesehenen Strukturen mit eingebunden zu sein. Eine Einbindung in die konzeptionelle Weiterentwicklung und in die organisatorische Hochschularbeit verbieten zahlreiche Hochschulgesetze. Die Finanzierung dieser Tätigkeit ist ebenfalls nicht vorgesehen. Zudem hat sich die soziale Lage der Lehrbeauftragten wesentlich verschlechtert, da sie keine soziale Absicherung erfahren, die Honorarsätze sich bundesweit hinsichtlich der Qualifikation in einer unangemessenen niedrigen Bandbreite bewegen und die Beauftragung Semesterweise erfolgt. Mit dieser desaströsen Situation sind die Qualität und die Kontinuität der Lehre an den Hochschulen gefährdet. Deshalb fordern wir:

- 1) Die Pflichtangebote der künstlerischen und künstlerisch-pädagogischen Lehrfächer müssen grundsätzlich durch hauptamtliche Lehrende abgedeckt werden. Nur die Zusatzangebote oder die zeitlich befristete Versorgung von fehlenden Kapazitäten sollen durch Lehrbeauftragte übernommen werden.
- 2) Die Honorierung muss vergleichbar der der hauptamtlichen Lehrkräfte erfolgen. Dazu gehört vor allem auch die Dynamisierung in Anlehnung an die Einkommensentwicklung im Hochschulbereich.
- 3) Die soziale Grundsicherung muss auch auf der Basis einer nebenberuflichen Tätigkeit gewährleistet werden.
- 4) Die politisch Verantwortlichen in den Ländern sind gefordert, den Hochschulen die dafür notwendigen Rechte und Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern die Kultusministerkonferenz, die für die Hochschulen zuständigen Ministerien in den Ländern, die kirchlichen und privaten Träger der Hochschulen, die Bundestagsausschüsse „Kultur und Medien“ und „Arbeit und Soziales“ sowie die Bundesregierung auf, sich auf der Grundlage der Empfehlungen der Enquete „Kultur in Deutschland“ mit der Lösung dieses Problems zu befassen.